

DER SPRINGENDE PUNKT

Nürnberg.

SPD

» DIE NEUE ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG

» ABSCHAFFUNG DES §219A



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

ich wünsche Euch allen einen erholsamen Sommer! Trotz der schwierigen Lage hoffe ich, dass wir alle ein wenig entspannen und den Sommer genießen können.

Die Entspannung werden wir brauchen. Denn politisch werden die Herausforderungen im Herbst und Winter immens sein. Energiekrise, Inflation und der nächste Akt der Pandemie stehen uns drohend ins Haus.

Unsere Aufgabe als SPD hat Kevin Kühnert auf unserem sehr erfolgreichen Jahresempfang klar benannt: Solidarität organisieren. Viele Menschen haben Sorgen vor einem harten Winter. Und das wohl nicht zu Unrecht. Wir müssen jetzt genauso für solidarische Entlastung, die Abfederung von Härtefällen und gute Sozialpolitik sorgen.

Zugleich müssen wir entschieden wie nie die Weichen für eine Abkehr von den fossilen Brennstoffen stellen. Dafür werden wir im Stadtrat an bestehenden Konzepten weiterarbeiten, im Landtag die Staatsregierung endlich zum Handeln zwingen und im Bund den Koalitionsvertrag mutig umsetzen.

Es liegen schwierige Monate vor uns – lasst sie uns gemeinsam meistern. Wie titelten die Nürnberger Nachrichten kürzlich: „Die SPD hakt sich unter“. Genau!

Euer

Nasser Ahmed

JAHRESEMPFANG 2022



Foto: R. Löster

Was für ein toller Abend! Am 11. Juli hat der erste Jahresempfang der SPD Nürnberg seit zwei Jahren stattgefunden. Rund 400 Gäste aus der Nürnberger Stadtgesellschaft sind der Einladung unserer Vorsitzenden Nasser Ahmed, Kerstin Gardill und Bernd Hampel gefolgt. In diesem Jahr fand der Jahresempfang erstmals im Serenadenhof der Nürnberger Symphoniker statt.

Unser Vorsitzender Nasser Ahmed durfte zum ersten Mal als Vorsitzender der SPD Nürnberg den Jahresempfang eröffnen. Danach folgte der erste große Auftritt unseres neuen SPD Chors MINDEST Ton. Mit Arbeiter- und Gewerkschaftsliedern sang sich dieser in die

Herzen des Publikums. Aber auch eine umgetextete Version des Schlagers „Aber dich gibt's nur einmal für mich“ der Nielsen-Brothers wurde zum krönenden Abschluss gesungen.

**„MindestTon singd füä di SPD,
wenn die regierd, is in Nämberch grad schee.
Momendan könnDs a weng besser sei,
doch des wärd, denn mir drällerns herbei.“**

Auch unser Dritter Bürgermeister Christian Vogel war auf unserem Jahresempfang. Er war nicht nur als Gast da, sondern auch als Redner. In seiner starken Rede ging es um die brennenden Themen der Nürnberger Stadtpolitik. »



Fotos: R. Löster

DAS BÜRGERGELD KOMMT!

Wer in eine schwierige Lage gerät, braucht nicht noch zusätzliche Hürden. Daher hat Arbeitsminister Hubertus Heil das neue Bürgergeld vorgestellt. Die Ziele: mehr Sicherheit in schwierigen Lebenslagen, bessere und gezieltere Vermittlung in Arbeit.

Die SPD hat zur Bundestagswahl versprochen, Hartz IV abzuschaffen und ein neues Bürgergeld einzuführen. Es begegnet den Menschen mit Respekt und bringt ihnen Vertrauen entgegen. Nun hat Arbeitsminister Hubertus Heil Eckpunkte vorgestellt. Bereits im kommenden Jahr soll das Bürgergeld einen unkomplizierten, wirksamen und fairen Zugang zu einem Sozialstaat auf Augenhöhe bieten.

Mit dem neuen Bürgergeld sollen die Menschen verlässlich abgesichert werden. „Unser Sozialstaat muss dafür sorgen, dass Menschen, die keine finanziellen Rücklagen haben, auch über die Runden kommen können“, sagte der Arbeitsminister am Mittwoch.

„Mit dem Abschied von Hartz IV geben wir zeitgemäße Antworten auf die sozialen Fragen im Land und setzen ein zentrales Versprechen aus unserem Wahlkampf und Koalitionsvertrag um“, sagte Saskia Esken dem RedaktionsNetzwerk Deutschland. „Das ist soziale Politik, die den betroffenen Menschen ebenso dient wie dem Land.“

Darum geht es

> Mehr Bürgerfreundlichkeit und weniger Bürokratie: Die Jobcenter sollen bei der Bürokratie entlastet werden und sich nicht mehr mit Rückforderungsbescheiden herumschlagen müssen, wenn jemand zu viel Geld erhalten hat. Hier soll es eine Bagatellgrenze von 50 Euro geben.

> Neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt durch Qualifizierung: Zwei von drei Menschen, die schon lange ohne Arbeit sind, haben keinen Berufsabschluss. Wir schaffen den sogenannten Vermittlungsvorrang ab und eröffnen damit neue Chancen. Wer keinen Berufsabschluss hat soll diesen nachholen können, ohne in dieser Zeit Aushilfsjobs annehmen zu müssen. Zudem gibt es finanzielle Anreize für Weiterbildung.

> Neues Miteinander und neues Vertrauen: Das Bürgergeld gibt den Menschen einen Vertrauensvorschuss. Gemeinsam wird ein Kooperationsplan als „roter Faden“ entwi-

kelt – ohne Bürokratie und Rechtsfolgen. Für die Dauer von sechs Monaten gilt eine „Vertrauenszeit“. In dieser Zeit soll es keine Leistungskürzungen geben, wenn sogenannte Pflichtverletzungen vorliegen, wenn also zum Beispiel ein Jobangebot abgelehnt wird.

> Mehr Sicherheit und Respekt für Lebensleistung: Vorhandenes Vermögen soll in den ersten beiden Jahren erst ab einer Grenze von 60 000 Euro angerechnet werden, bei jeder weiteren Person im Haushalt ab 30 000 Euro. „Es soll so sein, dass die Menschen, die in das neue Bürgergeld kommen, (...) sich nicht die Sorge machen müssen, dass ihr kleines Erspartes oder Vermögen weggesäbelt wird“, so Heil. In den ersten beiden Jahren sollen außerdem die tatsächlichen Kosten für die Wohnung anerkannt werden, auch wenn diese größer und teurer ist und über dem als „angemessen“ eingestuften Niveau liegt. Der Druck, sich schnell eine kleinere Wohnung zu suchen, wäre damit weg.

> Höhere Regelsätze: Der Arbeitsminister will sich für eine „angemessene Erhöhung der Regelsätze“ einsetzen, die nicht der Inflation hinterherhinke, sagte er.

„Mit dem neuen Bürgergeld werden wir das System entbürokratisieren“, so der Minister. Er kündigte einen Gesetzentwurf für diesen Sommer an. „Es wird zu Beginn des nächsten Jahres eine deutliche Erhöhung der Regelsätze geben.“

Esken: Menschen mit geringem Einkommen nicht alleine lassen

„Wir dürfen die Menschen mit geringen Einkommen mit den anhaltenden Preissteigerungen nicht alleine lassen“, sagte Saskia Esken. Wie der Mindestlohn müssten auch die Regelsätze in der Grundsicherung „kräftig steigen“. Dabei wolle man keine politische Setzung vornehmen, sondern die Anpassung durch eine Überarbeitung der Berechnungsgrundlage für die Regelsätze erreichen. „Daher unterstütze ich diesen Vorschlag von Hubertus Heil ausdrücklich. Ich bin mir sicher, dass auch unsere Koalitionspartner bereit sind, die Menschen in dieser schwierigen Lage zu unterstützen, so dass wir im Herbst gemeinsam zu einem guten Ergebnis kommen werden“, so die SPD-Vorsitzende.

Ein wichtiges Thema seiner Rede war die Wohnungsfrage. Es sei wichtig, dass die Ampelregierung ein eigenes Bauministerium geschaffen habe. Ganz im Gegensatz zu Horst Seehofer, der während seiner Zeit als Innenminister anscheinend nicht wusste, dass das Bauministerium Teil des von ihm geführten Innenministeriums war. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, 400.000 neue Wohnungen jährlich zu schaffen. Eine große Aufgabe, die wichtig sei, damit Wohnen in Deutschland bezahlbar bleibe.

Auch den einen oder anderen Seitenhieb gegen den bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger konnte sich der SPD-Generalsekretär nicht verkneifen. So habe Aiwanger der Stadt Magdeburg zur Neuansiedlung einer Chipfabrik gratuliert. Für Kühnert fehlt hier sämtliches Verständnis, denn das könne nicht der wirtschaftliche Anspruch für den Freistaat sein. Aiwanger hätte sich selbst viel stärker für so eine Ansiedlung bemühen müssen.

Genauso wie zuvor schon unser Vorsitzender, Dr. Nasser Ahmed, und Bürgermeister Christian Vogel, sprach auch Kevin Kühnert seine Solidarität mit Halil Tasdelen aus. Der Bayreuther SPD-Stadtrat wurde kürzlich von einem Rechtsradikalen angegriffen und beleidigt.

Es war wirklich schön, wie viel Zeit sich unser SPD-Generalsekretär nach seiner Rede für Fotos und Gespräche nahm. Gleich fünf Beitrittserklärungen wurden an diesem Abend ausgefüllt. Der Generalsekretär hat sich für seine Amtszeit vorgenommen, 30.000 neue Mitglieder zu gewinnen. Ein großes Ziel, bei dem wir als SPD Nürnberg gerne mit helfen.

DIE „NEUE“ ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG



Michaela Schwegler, Vorsitzende

Als erstes darf ich mich vorstellen:

Mein Name ist Michaela Schwegler und ich bin seit dem 24. März Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Bildung der SPD Nürnberg. Ich bin 32 Jahre alt und arbeite seit 2014 als Grundschullehrerin. Ich möchte meinen Teil zu guten Lebenschancen nun nicht mehr nur auf beruflicher Seite vor Ort mit den Kindern leisten – sondern gemeinsam mit dem neuen AFB-Team auch politisch etwas verändern!

Wir haben vor Ort in einer Großstadt wie Nürnberg die vielen Herausforderungen direkt vor Augen:

- > Wie schaffen wir es, dass Kinder aus der Südstadt genauso oft aufs Gymnasium gehen wie Kinder aus Erlenstegen?
- > Was tun wir in Nürnberg gegen die hohe Schulabbrecher*innenquote?
- > Wie kann es sein, dass Fenster, Waschbecken und Co. in unseren Schulen nicht funktionieren?
- > Wie gestalten wir Schule so, dass nicht immer mehr Kinder und Jugendliche therapeutische Betreuung brauchen (auf die sie dann erst einmal Monate warten müssen)?
- > Und ganz aktuell: Was können wir tun, damit die Kinder, deren Eltern nicht als Corona-Homeschooling-„Lehrkräfte“ helfen konnten, nicht dauerhaft benachteiligt sind?

Wer zu unserem multiprofessionellen und motivierten Team gehört, könnt ihr in den folgenden Absätzen nachlesen:



Claudia Arabackyj, stellv. Vorsitzende

Zu meiner Person:

Seit 26 Jahren in der SPD im Ortsverein Max-

feld und seit 2002 Mitglied des Nürnberger Stadtrates.

Beruflich bin ich im Bereich Marketing, Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen unterwegs, aber meine Sozialisation im Kinder- und Jugendverband „Die Falken“ macht Bildung zum Hauptthema meiner politischen Arbeit seit über 30 Jahren.

Wofür ich mich in der AFB Nürnberg einsetzen möchte:

- > Außerschulische Bildung (in Kinder- und Jugendhäusern, Jugendverbänden, im Sport, in Musik- oder Kulturvereinen, bei internationalen Jugendbegegnungen uvm.)
 - > Politische Bildung als Teil von Demokratiebildung
 - > Partizipation von Kindern und Jugendlichen an den Prozessen zur Gestaltung ihrer Stadt, ihres Lebensraumes
 - > Aufbrechen des Zusammenhangs, dass Schulerfolg in Bayern noch immer stark vom Geldbeutel der Eltern abhängt
 - > Intensivierung des Kontaktes zwischen der AFB und den Ausschüssen in der SPD Stadtratsfraktion, die sich mit Bildung befassen
- Es gibt so unendlich viel zu tun im Bereich der Bildung ... pack mer's, mach mer's!



Arne Engelhardt, stellv. Vorsitzender

Seit ca. 10 Jahren in der SPD aktiv – aktuell im OV Johannis, aber bald im OV Laufamholz durch Umzug. Grundständig Gymnasiallehrkraft für Deutsch, Geschichte und Sozialkunde – mittlerweile seit sieben Jahren bei der Gemeinnützigen Gesellschaft für soziale Dienste (GGSD) als Lehrkraft tätig in der Fachakademie für Sozialpädagogik, Fachschule für Heilerziehungspflege, Berufsfachschule für Pflege – dort auch als Vertrauenslehrkraft engagiert bis zur zeitintensiven Tätigkeit als Betriebsratsvorsitzender bei der GGSD, daher aktuell auch freigestellt.

Die Schwerpunkte meiner Mitarbeit in der AFB:

- > Schulische Berufsausbildung v. a. im sozialen und pfliegerischen Bereich

- > Unterstützungsangebote im Sprach- und Beratungsbereich beim Zugang zu Ausbildungen und bei Abschlussprüfungen
- > Verständnis und Verbesserung der Situation von Lehrkräften bei nichtstaatlichen und nichtkommunalen Bildungsträgern
- > Digitalisierung von Bildung ohne Scheuklappen



Dr. Claudia Kupfer-Schreiner, stellv. Vorsitzende

„Die Sachen klären, die Menschen stärken.“ (Hartmut von Hentig)

Zu meiner Person:

Ich bin 68 Jahre, seit 42 Jahren in der SPD (OV Lichtenhof), seit 2021 im Vorstand der SPD Nürnberg, seit 41 Jahren in der GEW. Ich war 16 Jahre Lehrerin an Grund- und Hauptschulen, 5 Jahre im Schul- und Kulturreferat der Stadt Nürnberg und 21 Jahre an der Universität Bamberg (Lehrstuhl Deutschdidaktik/Deutsch als Zweitsprache).

In der AFB Nürnberg möchte ich

- > mithelfen, dass Bildung wieder einen höheren Stellenwert in der SPD Nürnberg einnimmt,
- > mich engagieren für einen offenen Bildungsbegriff, der mehr ist als schulische Bildung und ebenso vorschulische und außerschulische Bildung, die Jugendarbeit, die (sozio-)kulturelle Bildung, die Erwachsenen- und Weiterbildung sowie Hochschul- und Seniorenpolitik einschließt,
- > mehr tun für die Einbindung von Nicht-Mitgliedern, Elternvereinigungen, Bildungsgewerkschaften, für die thematische Zusammenarbeit mit unseren anderen AGs wie zum Beispiel der AsF, der AG 60+ oder den Jusos und für eine intensivere Kooperation mit unserer Fraktion im Rathaus.

Nachdem Bildung vor allem Ländersache ist, möchte ich mich hier insbesondere einsetzen für

- > eine längere gemeinsame Schulzeit statt zu früher Auslese nach der 4. Klasse,

- > eine praxisorientiertere Lehrkräfteausbildung,
- > eine inklusive Schule, die den Namen wirklich verdient,
- > mehr Weiterbildung von Lehrer*innen und Hilfen für Eltern bei der Digitalisierung von Schule, bei Homeschooling und Online-Unterricht,
- > den Erhalt und Ausbau unseres kommunalen Schulwesens,
- > eine Verbesserung des Angebots des schulpsychologischen Dienstes der Stadt und
- > zusätzliche kommunale Förderung im Bereich des Deutschen als Zweitsprache.



Detlef Classe, Beisitzer

Ich bin 68 Jahre und seit rund 30 Jahren in der SPD (aktuell OV Johannis).

Ich bin Ingenieur von Beruf und habe mich in meiner beruflichen Tätigkeit um Fabriken der Firma Bosch in der Welt gekümmert. Ich habe mehrere Jahre in Brasilien und in den Niederlanden gelebt und mich dabei auch um verschiedene Aspekte beruflicher Bildung gekümmert.

Wofür ich mich in der AFB Nürnberg einsetzen möchte:

- > Verringerung des Anteils der Schüler*innen, die in Nürnberg die Schulen ohne Abschluss verlassen
- > Suche nach außerschulischen Wegen zur Förderung von Kindern aus sozial benachteiligten Familien
- > Erfahrungsaustausch mit Städten, Wohlfahrtsverbänden und Wissenschaftler*innen zum Thema Mentorenprogramme und frühkindliche Förderung



Vanessa Hoch, Beisitzerin

Für mich stellen Demokratieerziehung und Erziehung durch Selbsterkenntnis die zwei wichtigsten Pfeiler in der Bildung dar. Ich würde mir wünschen, dass diese in unserer Gesellschaft und im Bildungssystem einen höheren Stellenwert bekommen.

Mein Lieblingsspruch: „Ich weiß, dass ich nichts weiß.“ (Sokrates)

Warum? Viele Dinge erscheinen uns banal oder selbstverständlich. Wir denken nicht weiter darüber nach oder teilen Meinungen, die uns vorgekaut werden. Wenn wir aber genauer hinschauen und unser vermeintliches Wissen hinterfragen, erkennen wir die

Wahrheit. Wir bauen Vorurteile ab und öffnen uns der Welt.

Welche Fähigkeiten kann ich in die AFB einbringen?

Halbwissen, Neugier und Unternehmungslust. Mitgliedschaften: Seit 2005 bei ver.di, seit 2017 in der SPD, seit 2020 im Elternbeirat und Förderverein der Holzgartenschule.



Sabine Knuhr, Beisitzerin

Sabine: Ist lateinischer Herkunft, Sabina – aus dem Stamm der Sabiner.

Longina: Mein zweiter Vorname ist auch lateinischer Herkunft, Longin – groß gewachsen.

Knuhr: Sehr wahrscheinlich abgeleitet von der schlesischen Stadt Knurow. Ich stamme aus Oberschlesien.

Diplom: Urkunde der Prüfung an der Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg. Damals noch nach der alten Studienordnung, wäre jetzt ein „Mittelding“ zwischen Bachelor und Master.

Sozialpädagogin: Sozialpädagogik ist eine Wissenschaft aus Erziehung, Bildung und sozialstaatlicher Intervention. Als Sozialpädagogin ist es meine Aufgabe, Menschen bei der Bewältigung von Lebensproblemen zu unterstützen, ihre Eigenverantwortung zu stärken und auch gesellschaftliche Benachteiligung zu reduzieren.

Motopädagogin: Diese Zusatzausbildung habe ich mit großer Leidenschaft absolviert. Ich bin überzeugt, dass Förderung und Erziehung durch Bewegung bzw. mit dem Körper und allen Sinnen erfahrbar, positiv beeinflusst wird.

„Sage es mir, und ich werde es vergessen. Zeige es mir, und ich werde es vielleicht behalten. Lass es mich tun, und ich werde es können.“ (Konfuzius)

AFB: Wir sind ein spannendes Sammelsurium an unterschiedlichen beruflichen und persönlichen Erfahrungen und Kompetenzen. Ich freue mich, ein Teil davon zu sein!



Margit Vestner-Pröhl, Beisitzerin

Mein Hintergrund:

Politische Kinder- und Jugend(bildungs)arbeit bei den Falken – 40 Jahre SPD-Mitglied – Über 40 Jahre Realschullehrerin und Schulleiterin – Jetzt wieder Zeit für Ehrenamtliches

#ABC zeitgemäßer Bildung:

- #BNE = Bildung für nachhaltige Entwicklung
 - #Courage
 - #Demokratieerziehung
 - #Engagementbereitschaft
 - #Freiheit für eigene Fragen und Themen
 - #Gesellschaftliches Bewusstsein
 - #Haltungen
 - #Informationskompetenz
 - #Jahrgangübergreifendes Lernen
 - #die 4 Ks fürs Lernen im 21. Jh. = Kreativität – Kritisches Denken – Kollaboration – Kommunikation
 - #Lernbegleiter:innen
 - #Medienkompetenzen
 - #Notenfreie Lernräume und -zeiten
 - #Offenheit
 - #Persönlichkeitsentwicklung
 - #Qualität
 - #Ruhe und Zeit haben zum Wachsen und Lernen
 - #Selbstwirksamkeitserleben
 - #Toleranz
 - #Urteilsfähigkeit
 - #Vielfalt
 - #Werte
 - #Zukunftsfähigkeit
- „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“ (Erich Kästner)
- Packen wir – von Veränderungsoptimismus getragen – einfach an einigen Stellen an!



Michael Weidinger, Beisitzer

Ich bin 32 Jahre alt und seit 2013 Mitglied in der SPD. Die AFB möchte ich vor allem durch meine Erfahrungen im Bereich Kulturelle Bildung und Soziokultur unterstützen, die ich im Studium der Theaterpädagogik und in meinem Beruf als Kulturschaffender gesammelt habe. Bildung und Kultur sind für mich zentrale Begriffe für soziale Gerechtigkeit und Solidarität sowie zum Schutz vor Faschismus. Sie sind deshalb unverzichtbar für sozialdemokratisches Denken und Handeln. Angenehmer Nebeneffekt bei dem Ganzen: gerade Spiel und Geselligkeit können Bildungsprozesse offenbaren. Deswegen freue ich mich besonders auf gemeinsame Aktionen mit den anderen AFB-Mitgliedern!

Wir freuen uns auf alle Bildungsinteressierten, die wir in den nächsten Wochen und Monaten auf unseren Sitzungen und Veranstaltungen begrüßen dürfen. Gemeinsam können wir etwas in der Nürnberger Bildungslandschaft verändern – auch wenn es nur ein kleiner Beitrag ist!



von CANAN CANDEMIR

Wie viele von uns habe auch ich mich am 24. Juni 2022 darüber gefreut, dass die von der SPD geführte Ampelregierung ihr Wahlversprechen eingelöst hat und den § 219a Strafgesetzbuch „Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“ abgeschafft hat.

Auch wenn das Wort „Freude“ in diesem Zusammenhang nicht ganz passend ist, fühlte es sich doch gut an, dass diese vollkommen aus der Zeit gefallene Vorschrift endlich der Vergangenheit angehört. Doch die Freude über diesen erreichten Meilenstein war schnell wieder getrübt und das aus zwei Gründen:

Zum einen, weil ich es schon immer für eine Selbstverständlichkeit erachtet habe, dass Ärztinnen und Ärzte sachlich über medizinische Eingriffe informieren dürfen, ohne dass sie dafür ein Strafverfahren erwarten müssen. Bislang konnten Ärztinnen und Ärzte selbst für einen Satz wie „Auch ein medikamentöser narkosefreier Schwangerschaftsabbruch in geschützter Atmosphäre gehört

zu unseren Leistungen“ verurteilt werden. So geschehen im Fall der Berliner Ärztin Bettina Gabler, die für genau diese Information auf ihrer Homepage von einem Berliner Strafgericht zu einer Geldstrafe verurteilt wurde (Kammergericht, 3. Strafsenat, Beschluss vom 19.11.2019, Az.: 3 – 80+81/19). Das Gericht entschied, dass sie durch den Hinweis auf die angewandte Behandlungsmethode und den Zusatz auf die Durchführung „in geschützter Atmosphäre“ den Straftatbestand der unzulässigen Werbung erfüllt habe. Ein Wahnsinn in unserem digitalen Zeitalter.

„Roe gegen Wade“ fällt

Zum anderen war der 24. Juni 2022 leider auch aus einer anderen Sicht besonders. An diesem Tag entschied der mittlerweile mehrheitlich (ultra-)konservativ besetzte Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten, seine Grundsatzentscheidung „Roe gegen Wade“ aus dem Jahr 1973 aufzuheben und damit auch das garantierte landesweite Recht auf einen sicheren Schwangerschaftsabbruch. Es wird erwartet, dass die Entscheidung dazu führen wird, dass etwa die Hälfte aller ameri-

kanischen Bundesstaaten sehr strenge Abtreibungsgesetze bzw. -verbote beschließen wird, die selbst einen Schwangerschaftsabbruch nach einer Vergewaltigung kriminalisieren (<https://www.nytimes.com/interactive/2022/us/abortion-laws-roe-v-wade.html>).

Diese Entscheidung, die knapp 7.000 km entfernt getroffen wurde und keinerlei direkte Auswirkung auf mein Leben hat, hat mich trotzdem sehr getroffen und wütend gemacht. Dass fünf Personen über das reproduktive Selbstbestimmungsrecht und damit den Körper von über 170.000 Millionen amerikanischen Frauen entscheiden dürfen, kann ich nur schwer fassen. Es handelt sich im Übrigen auch um eine Entscheidung, die von der Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung missbilligt wird. So haben in einer aktuellen Umfrage des PEW Research Centers vom 6. Juli 2022 62 % der Befragten angegeben, dass Abtreibungen in allen oder den meisten Fällen legal sein sollten (<https://www.pewresearch.org/politics/2022/07/06/majority-of-public-disapproves-of-supreme-courts-decision-to-overturn-roe-v-wade/>).

Europäische Grundwerte unter Beschuss

Aktuell wird uns in so vielen Teilen der Welt vor Augen geführt, dass die freiheitlichen Rechte, die für meine Generation als selbstverständlich gelten, unter Beschuss stehen. Durch die Instrumentalisierung und Einschränkung von Justiz und Medien in Ungarn und in Polen finden einige der weltweit rückwärtsgewandten, demokratiefeindlichen Tendenzen bei uns in Europa statt. Gegen beide Länder wurden bereits Verfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags eingeleitet, und momentan laufen Vorbereitungen der Europäischen Kommission, um den neuen EU-Rechtsstaatsmechanismus gegen beide Länder einzusetzen und um endlich konsequent auf die Rechtsstaatlichkeitsverletzungen beider Länder zu reagieren.

In unserem Nachbarland Polen gilt beispielsweise bereits seit Ende 2020 De-facto ein umfassendes Abtreibungsverbot. Polen hatte zuvor schon ein sehr restriktives Abtreibungsgesetz. Dieses wurde durch eine Entscheidung des polnischen Verfassungsgerichts vom 22. Oktober 2020 weiter verschärft: Das polnische Verfassungsgericht entschied, dass die Regelungen des Gesetzes aus dem Jahr 1993 über die Bedingungen des Schwangerschaftsabbruchs, die es erlaubten, Schwangerschaftsabbrüche in den Fällen durchzuführen, „in denen ein pränataler Test oder andere medizinische Überlegungen auf eine hohe Wahrscheinlichkeit eines schweren und irreversiblen fötalen Defekts oder auf eine unheilbaren Krankheit hinwiesen, die das Leben des Fötus bedroh-



ten“, verfassungswidrig seien (<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20211108IPR16844/polen-restriktives-abtreibungsgesetz-darf-keine-weiteren-opfer-fordern>).

Die Urteile in Polen und in den USA zeigen uns deutlich, dass hart erkämpfte Freiheiten nicht auf Dauer gelten und vor Angriffen geschützt sind. So ist auch der Bestand unserer Meilensteine der Gleichberechtigungspolitik äußerst fragil. Die aktuelle Entscheidung des US-amerikanischen Supreme Court zeigt dabei, wie schnell rückwärtsgewandte Tendenzen auch in einer lange geltenden westlichen Vorzeige-Gesellschaft fundamentale Freiheiten wieder abbauen können.

Spanien macht es vor

Es gibt aber auch Grund zu Optimismus. Während weltweit Frauenrechte unter Beschuss stehen, sind die feministischen Erfolge in Spanien ein Lichtblick und Hoffungsanker zugleich.

Wer hätte vor einiger Zeit damit gerechnet, dass wir in Spanien - mitten in Europa – mit der 1988 geborenen Irene Montero eine Ministerin für Gleichstellung haben, die mit dem sog. „Si-Gesetz“ (deutsch: „Nur-Ja-Heißt-Ja“-Gesetz) als einem zentralen Instrument gegen sexualisierte Gewalt Geschichte schreibt. Nach dem „Nur Ja heißt Ja“-Prinzip wird die Zustimmung in den Mittelpunkt der Definition von Vergewaltigung gestellt. Spanien ist damit das zehnte Land in Europa, das Sex ohne Zustimmung als Vergewaltigung definiert. Neben der Verfolgung von sexualisierter Gewalt werden auch die Prävention und der Opferschutz durch das Gesetz gestärkt. Weitere Erfolge der spanischen

Gleichstellungspolitik in Spanien sind beispielsweise die Liberalisierung des Rechts auf Abtreibung, die bezahlte Freistellung von Arbeit bei starken Menstruationsbeschwerden oder eine Vereinbarung der spanischen Regierung mit dem Dachverband der spanischen Spielzeughersteller, um sexistische, stereotype Spielzeugwerbung für Kinder zu verbieten.

Gerne möchte ich Euch in diesem Zusammenhang das Interview des Jacobin Magazins mit Irene Montero vom 21. Juli

2022 empfehlen: <https://jacobin.de/artikel/spanien-zeigt-wie-man-feministische-politik-macht-irene-montero-podemos/>.

Die Gleichstellungspolitik in Spanien zeigt: Es lohnt sich weiter für mehr Gleichberechtigung zu streiten. Es muss sein und ist angesichts der Rückschläge, die wir auch im Rahmen der Corona-Pandemie in Sachen Gleichberechtigung erlebt haben, dringend notwendig.

Es braucht nicht nur in Spanien, sondern auch in Deutschland und der ganzen EU den unbedingten politischen Willen, strukturelle Reformen für die Durchsetzung einer tatsächlichen Gleichberechtigung aller Geschlechter durchzusetzen. Deswegen begrüße ich es, dass die Abgeordneten des Europäischen Parlaments als Reaktion auf die Entscheidung des US-amerikanischen Supreme Courts beschlossen haben, dass das Recht auf einen legalen und sicheren Schwangerschaftsabbruch in die Charta der Grundrechte der Europäischen Union aufgenommen werden soll (<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220701IPR34349/abgeordnete-fur-aufnahme-des-rechts-auf-abtreibung-in-eu-charta-der-grundrechte>).

Spannend bleibt es auch in Deutschland bei der Frage, wie es nach der Streichung des § 219a Strafgesetzbuch mit dem Recht des Schwangerschaftsabbruchs weitergeht. Die Ampelkoalition hat in ihrem Koalitionsvertrag die Einsetzung einer „Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin“ versprochen, „die Regulierungen für den Schwangerschaftsabbruch außerhalb des Strafgesetzbuches“ prüfen wird (<https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsver->

[trag_2021-2025.pdf, S. 92](#)). Ich hoffe und erwarte, dass die Kommission zeitnah eingesetzt wird und ihre Arbeit aufnehmen kann.

Kleine Randnotiz

Auch die Konservativen in Deutschland, allen voran Markus Söder, haben die Relevanz dieses Thema erkannt und machen damit bereits Wahlkampf. Söder spricht sich in einem aktuellen Facebook-Post für eine Beibehaltung der Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch im Strafgesetzbuch und „die Bewahrung der Schöpfung“ aus (<https://tinyurl.com/5eknmysk>).

Folgt ihr uns eigentlich schon auf Instagram? Hier geht es direkt zu unserem Profil:



Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Andreas Mittelmeier

Redaktion: Nasser Ahmed, Vanessa Kurowski, Oguz Akman

Grafische Gestaltung: Michael Graf

Korrektur: Dagmar Köhnlein

Redaktionsanschrift: der springende punkt
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911 - 438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



Mit dem ersten Migrationspaket hat das Bundeskabinett viele Neuerungen im Bereich Migration und Integration auf den Weg gebracht. Unsere Ziele: Mehr Chancen, Schluss mit Kettenduldungen, Erleichterungen für Arbeitsmigration, aber auch eine konsequente Rückführung von Straftäter*innen.

Schon in der Großen Koalition haben wir in den letzten Jahren einen klaren Kurs verfolgt. Diesen führen wir nun in der Ampel-Koalition fort und bauen ihn noch weiter aus: Wir schützen diejenigen, die Schutz brauchen. Wir geben denjenigen Chancen, die zwar keinen Schutz brauchen, aber schon Teil unserer Gesellschaft geworden sind. Wer keinen Schutz braucht und sich auch nicht integriert, muss dagegen in die Heimat zurückkehren. Das erste Migrationspaket der Ampel-Koalition – weitere werden folgen – atmet nun ebenfalls diesen Geist und sieht vor allem neue Chancen vor:

- > **Integration von Anfang an:** Schon in der Großen Koalition hatten wir einen leichteren Zugang zu Sprache und Arbeit für Asylbewerber*innen und Geduldete durchgesetzt. Das setzen wir jetzt fort: Künftig sollen alle Asylbewerber*innen von Anfang an Zugang zu Integrationskursen und zu Berufssprachkursen erhalten. Wird einem Asylantrag stattgegeben, sind die Betroffenen dann schon einen Schritt weiter bei der Integration. Wird der Asylantrag abgelehnt, dann besteht mit den Sprachkenntnissen leichter die Möglichkeit, über Erwerbstätigkeit und Ausbildung hier zu bleiben. Klappt auch das nicht, kann zumindest womöglich eine zusätzliche Qualifikation mit in die Heimat genommen werden.

- > **Chancen-Aufenthaltsrecht:** Wer zum Stichtag 1. Januar 2022 bereits fünf Jahre lang in Deutschland gelebt hat, bekommt die Möglichkeit einer dauerhaften Sicherheit. Das betrifft rund 140.000 Geduldete in Deutschland. Das sind Menschen, bei denen im Asylverfahren kein Schutzbedarf festgestellt wurde, die aber bislang nicht abgeschoben werden konnten. Ein Jahr bekommen diese Menschen Zeit, um ohne Sorge vor einer Abschiebung die Voraussetzungen für ein dauerhaftes Bleiberecht zu erfüllen. Dazu müssen sie ihren eigenen Lebensunterhalt erwirtschaften, gute Kenntnisse der deutschen Sprache erlangen und – falls noch nicht geschehen – ihre Identität klären, wenn dies möglich ist. Wer Straftaten begangen hat, ist ausgeschlossen. Das gilt auch für diejenigen, die wiederholt und vorsätzlich hinsichtlich ihrer Identität getäuscht haben. Belohnt



SPD SETZT AUF INTEGRATION

werden also Engagement, Fleiß und Ehrlichkeit. Das baut auf der Beschäftigungs- und Ausbildungsduldung auf, die die SPD bereits in der Großen Koalition durchgesetzt hatte.

- > **Integration wird belohnt:** Wer sich in Deutschland integriert hat und für den eigenen Lebensunterhalt sorgt, soll schneller einen rechtssicheren Aufenthaltsstatus erhalten. Das ist bisher im Normalfall nach acht Jahren möglich. Künftig soll es schon ab sechs Jahren möglich werden. Gut integrierte Jugendliche und junge Erwachsene bis zum 27. Lebensjahr sollen schon nach drei Jahren Aufenthalt in Deutschland ein Bleiberecht bekommen können. Zu den Voraussetzungen gehören zum Beispiel Sprachkenntnisse, regelmäßiger Schulbesuch der Kinder und die eigenständige Sicherung des Lebensunterhaltes. Wie bisher erhalten Straftäter hierzu ebenso wenig Zugang wie diejenigen, die durch eigenes Zutun nicht abgeschoben werden konnten.

- > **Verbesserungen für Fachkräfte:** Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz hatte die SPD schon in der Großen Koalition einen echten Durchbruch erzielt. Wer gerne in Deutschland leben und arbeiten möchte, kann dies jetzt sehr viel leichter als früher. Das gilt nicht nur für hochqualifizierte IT-Fachkräfte, sondern auch für „normale“ Ausbildungsberufe, zum Beispiel für Pflegekräfte. Mit dem Migrationspaket pla-

nen wir nun weitere Verbesserungen. So sollen Ehegatt*innen zum Beispiel keine Deutschkenntnisse mehr vor der Einreise nachweisen müssen und können diese dann hier erwerben.

- > **Konsequente Rückführung:** Wenn weder das BAMF noch die Gerichte in oft jahrelangen Prozessen einen Schutzbedarf feststellen, dann muss diese Person wieder ausreisen. Dafür gibt es schon Rückkehrhilfe mit Reintegrationsförderung in der Heimat. Wenn jemand das rechtsstaatliche Urteil nicht anerkennen will und die Hilfe bei der Rückkehr ausschlägt, bleibt nur die Abschiebung als letztes Mittel. Zumindest dann, wenn die Person sich nicht durch Ausbildung oder Arbeit bereits in Deutschland integriert hat und auf diesem Wege bleiben kann. Insbesondere Straftäter*innen sollen künftig leichter abgeschoben werden. Dazu soll unter anderem die mögliche Abschiebehaft verlängert werden.

Für die weiteren Migrationspakete ist vorgesehen, noch andere Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen: unter anderem für weitere Verbesserungen beim Zugang zu Arbeit und Integration, für schnellere Entscheidungen in Asylprozessen, für leichtere Einbürgerungen, aber auch mehr Unterstützung des Bundes für die Länder bei Abschiebungen. Für den Herbst ist zudem ein humanitäres Aufnahmeprogramm für besonders gefährdete Afghan*innen geplant.

Die bayerische Polizei will zukünftig zur Ermittlung bei schweren Straftaten eine neue Software einsetzen. VeRA, das sog. Verfahrensübergreifende Recherche- und Analyzesystem, soll der Polizei mit nur einem Klick Zugriff auf alle verfügbaren Daten zu Täter*innen und weiteren Beteiligten des Ermittlungsverfahrens geben. Ohne Zweifel ist das Ansinnen des Einsatzes der neuen Software positiv. Auch ist es zeitgemäß, moderne Analysetechniken zu nutzen, um schneller und effektiver Straftäter zu fassen. Dennoch muss der Einsatz der neuen Software umfassend abgewogen und alle möglichen Sicherheitsrisiken vorher beseitigt werden. Denn der Einsatz der Software wirft gleich mehrere Fragen auf.

Die gesetzliche Grundlage

Bisher fehlt es noch an einer expliziten gesetzlichen Grundlage für den Einsatz von VeRA. Diese ist jedoch, nach Ansicht der SPD-Landtagsfraktion und vielen Expert*innen (wie zum Beispiel des bayerischen Landesbeauftragten für Datenschutz), unbedingt erforderlich. Zwar ist damit zu rechnen, dass die Staatsregierung einen entsprechenden Gesetzentwurf im Landtag einbringen wird. Jedoch besteht nach den bisherigen Erfahrungen, wie mit dem Polizeiaufgabengesetz, die Befürchtung, dass das Gesetz zu offen formuliert wird und eine zu niedrige Einsatzschwelle für die neue Software zulässt. Für die Bürger*innen muss aber klar sein, in welchem Fall der Gesetzgeber eine so umfassende Informationsbeschaffung zulässt und wann nicht. Auch der Personenkreis, der von einer Überprüfung betroffen sein kann, sollte ausreichend ausdifferenziert sein. Zuletzt muss auch geklärt werden, wie mit den Daten nach Beendigung des Ermittlungsverfahrens umgegangen wird, ob Betroffene Einsicht in die über sie verfügbaren Daten erhalten oder ob sie überhaupt über die Erhebung benachrichtigt werden.

Die SPD-Landtagsfraktion wird auf jeden Fall mit höchster Aufmerksamkeit die Gesetzentwürfe über den Einsatz der Software überprüfen und gegebenenfalls Änderungen in den Landtag einbringen. Für den Fall, dass wie beim Polizeiaufgabengesetz verfassungswidrige Gesetzentwürfe kritikresistent durch den Landtag gedrückt werden, steht auch der Weg vor die Verfassungsgerichte offen.

Die Software an sich

Ein zweites Problem stellt der Einsatz einer solchen Software an sich dar. Wenn einmal die Möglichkeit besteht, Daten umfassend aufzurufen und zu verknüpfen, dann kann

diese Möglichkeit auch missbraucht werden. Hiergegen hilft auch die beste gesetzliche Grundlage nicht. Fälle wie in Hessen, wo Drohmails von einem Polizeicomputer verschickt wurden, zeigen, dass auch behördeninterne Technik nicht vor massivem rechtswidrigem Gebrauch geschützt ist. Deswegen müssen klare Regeln für den Gebrauch der Software durch die Polizei aufgestellt werden. Das heißt zum Beispiel, dass nicht von jedem Computer durch jede*n Beamt*in auf die Software zugegriffen werden kann.

Aber selbst dann ist immer noch die Gefahr eines Eingriffes von außen gegeben. Im Falle eines Hackerangriffs müsste die Datensoftware derart verschlüsselt sein, dass ein Zugriff und ein Download nicht durchgeführt werden können.

Der Anbieter

Und das führt uns zum letzten Problem der neuen VeRA-Software. Diese wird nämlich durch den Hersteller Palantir aus den USA zur Verfügung gestellt. Das Unternehmen sorgte in den letzten Jahren immer wieder für Aufsehen, etwa weil enge Kontakte zur CIA bestehen oder weil der Gründer des Mutterkonzerns, Peter Thiel, Donald Trumps Wahlkampf

mitfinanziert hat. Es besteht deswegen der nicht unbegründete Verdacht, dass die Software durch den Anbieter selbst missbraucht werden kann, um große Mengen hochsensibler Daten abzugreifen. Nicht ohne Grund wird der Quellcode des Programms durch das Fraunhofer Institut für Sichere Informationstechnologie überprüft. Dieses Verfahren ist begrüßenswert. Aber auch nach dieser ersten Überprüfung muss weiter wachsam geblieben werden. Dazu gehört zum Beispiel, alle weiteren Updates der Software einer ähnlichen Prüfung zu unterziehen.

Wir als SPD-Landtagsfraktion werden deswegen das weitere Vorgehen der Staatsregierung zum Einsatz der Software bestmöglich überwachen. Im Landtag werden wir uns dafür einsetzen, dass der Einsatz der Datensoftware eine klare Rechtsgrundlage erhält. Außerdem werden wir darauf drängen, dass für den Betrieb der Software möglichst hohe Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden. Ein Missbrauch der Technik muss unbedingt vermieden werden. Es geht nicht darum, sich gegen den Einsatz moderner Technik für die Bekämpfung von Straftaten zu stellen. Sondern es muss verhindert werden, dass der Einsatz der Technik für die Sicherheit selbst zum Risiko wird.



MASSIVE GRUNDRECHTS- EINGRIFFE DURCH NEUE SOFTWARE DER BAYERISCHEN POLIZEI ZU BEFÜRCHTEN

ABSCHAFFUNG DES PARAGRAFEN § 219A

(NUR) EIN ERSTER SCHRITT AUF DEM WEG ZUR SELBSTBESTIMMUNG VON FRAUEN

Seit 1992 gilt in Deutschland für Schwangerschaftsabbrüche die modifizierte Beratungslösung, geregelt in Paragraf § 218. Wenn eine Frau in den ersten zwölf Wochen einer Schwangerschaft diese abbrechen möchte, muss sie einen Termin bei einer anerkannten Beratungsstelle vereinbaren. Nach dieser Beratung muss eine „Überlegungsfrist“ von drei Tagen eingehalten werden, bevor der Schwangerschaftsabbruch durchgeführt werden darf. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, bleibt der Abbruch straffrei, aber weiterhin rechtswidrig. Rechtmäßig ist der Schwangerschaftsabbruch nur, wenn es dafür bestimmte medizinische Gründe gibt oder die Schwangerschaft durch eine Vergewaltigung entstanden ist.

Der Paragraf § 219a regelte das Verbot, für Schwangerschaftsabbrüche zu werben. Ärzt*innen durften bisher im Internet nur darüber informieren, dass sie Abtreibungen vornehmen, aber nicht darüber, mit welchen Methoden sie diese durchführen. Es war absurd, dass jede unseriöse Website ungeprüfte Informationen über Schwangerschaftsabbrüche verbreiten durfte, Ärzt*innen aber mit einer Strafverfolgung rechnen mussten, wenn sie sachliche Informationen veröffentlicht haben. Aus diesem Grund war die Abschaffung des Paragrafen § 219a am 24.06.2022 mehr als überfällig. Somit können Ärzt*innen endlich den Patientinnen angemessene Informationen zur Verfügung stellen.

Die Abschaffung des Paragrafen § 219a kann aber nur der erste Schritt auf dem Weg zur Selbstbestimmung von Frauen sein. Denn auch der Paragraf § 218 schränkt diese zu tiefst ein. Ziel muss es sein, dass Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr unter dem Strafrecht geregelt, sondern endlich legalisiert werden. Damit würde zum einen die Stigmatisierung der Frauen, die eine Abtreibung durchführen möchten, reduziert werden. Zum anderen kann damit der Tabuisierung des Themas in der Gesellschaft entgegengewirkt werden. Denn durch das Suggestieren, dass ein Schwangerschaftsabbruch etwas Gesetzeswidriges sei, scheuen möglicherweise auch Ärzt*innen, es den Eingriff anzubieten. Dabei ist die Versorgungslage mit Ärzt*innen, welche Schwangerschaftsabbrüche durchführen, in Deutschland sowieso katastrophal. Frauen müssen oft hunderte Kilometer fahren, um den Eingriff vornehmen zu lassen. Aus diesem Grund muss gesetzlich geregelt werden,

dass eine angemessene Versorgung vorhanden sein muss. Schwangerschaftsabbrüche müssen zu einem selbstverständlichen Teil der deutschen Gesundheitsversorgung werden. Weitere Ansatzpunkte sind telemedizinische Behandlungsmöglichkeiten und eine bessere Verankerung in der medizinischen Ausbildung. Die Beratungen zu Schwangerschaftsabbrüchen müssen freiwillig und ergebnisoffen geführt werden. Des Weiteren müssen die Kosten für einen Schwangerschaftsabbruch von den Krankenkassen übernommen werden. Aktuell werden diese nur übernommen, wenn der Schwangerschaftsabbruch aus medizinischen Gründen oder nach einer Vergewaltigung durchgeführt wird, sodass das Selbstbestimmungsrecht von Frauen zusätzlich vom sozialen Status abhängig ist. Darüber hinaus müssen Ärzt*innen besser vor Anfeindungen im Internet, aber auch vor Mahnwachen von Abtreibungsgegner*innen vor ihren Praxen geschützt werden.

Somit gibt es für einen feministischen Jugendverband wie uns Jusos noch viele Punkte, für welche wir auf dem Weg zur Selbstbestimmung von Frauen kämpfen müssen.

Unser Blick darf dabei aber nicht nur auf Deutschland beschränkt bleiben. Denn während hier in Deutschland ein erster kleiner Lichtblick erreicht wurde, wird das Selbstbestimmungsrecht von Frauen in anderen Ländern massiv eingeschränkt. Aktuellstes Bei-

spiel sind die USA. Nachdem Frauen fast 50 Jahre lang landesweit ein Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch bis zur 24. Schwangerschaftswoche hatten, wurde dieses Recht nun durch den Supreme Court revidiert. Aus diesem Grund kann nun jeder Bundesstaat eigene Gesetze im Bereich Abtreibungsrecht erlassen, was in konservativ geführten Bundesstaaten noch restriktivere Abtreibungsgesetze zur Folge haben wird. In Texas beispielsweise sind Schwangerschaftsabbrüche nach der sechsten Schwangerschaftswoche verboten, obwohl die meisten Frauen zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal wissen, dass sie schwanger sind. Auch Ärzt*innen, Kliniken, selbst Personen, welche die Frauen zur Klinik fahren, müssen mit einer Strafverfolgung rechnen.

Dabei sind die USA nur ein Land von vielen, das die Rechte von Frauen wieder rückgängig macht. Polen beispielsweise hat die Abtreibungsrechte so weit eingeschränkt, dass die Gesetzgebung inzwischen zu einer der restriktivsten in Europa gehört und selbst nach einer Vergewaltigung kein sicheres Recht auf Abtreibung gewährleistet ist.

Aus diesem Grund müssen und werden wir Jusos nicht nur in Deutschland weiter für die Selbstbestimmungsrechte der Frauen kämpfen, sondern werden uns auch mit Frauen weltweit solidarisieren, damit irgendwann überall auf der Welt gilt: „Our body, our choice!“ (dt. „Unsere Körper, unsere Wahl!“)



Photo by Jasmine on Unsplash

von THORBEN STARKE

Der Ortsverein Wöhrd ist einer der mitgliederstärksten Ortsvereine der SPD Nürnberg. Noch beeindruckender ist seine flächenmäßige Größe: Das Gebiet des Ortsvereins umfasst Wöhrd, Erlenstegen, St. Jobst und die Marienvorstadt und damit ganz unterschiedliche Stadtteile und Bevölkerungsgruppen. Für die Arbeit des Ortsvereins war dies immer Chance und Herausforderung zugleich – und auch für den neuen Vorstand, der seit einem Jahr im Amt ist.

Neuer Vorsitzender ist Thorben Starke, der dem Vorstand seit 2019 angehört. Thorben ist 41 Jahre alt und im Jahr 2016 in die SPD eingetreten. Er engagiert sich auch in der AG SPDqueer und im Arbeitskreis Europa der SPD. Der Jurist und gebürtige Niedersachse arbeitet beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und wohnt seit 2016 in Nürnberg.

Lina Metzger, Jakob Fischer und Christian Rühl sind die Stellvertreter*innen des Vorsitzenden.

Lina Metzger war Mitglied der Wahlnachsekommission der SPD Nürnberg. Sie ist Beisitzerin bei der ASF, Schriftführerin im Vorstandverein Wöhrd und Teil des Orga-Teams des Brückenfestivals. Nach ihrem Studium in Berlin zog sie in ihre Heimat Nürnberg zurück und arbeitet am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im Daten- und IT-Management.

Jakob Fischer ist 38 Jahre alt. Er ist im Jahr 2009 in die SPD eingetreten und seit 2021 stellvertretender Vorsitzender des Ortsvereins. Er arbeitet als Laboringenieur an der Technischen Hochschule Nürnberg.

Christian Rühl ist verheiratet und Vater einer Tochter. Er arbeitet als Softwarearchitekt im Bereich Magnetresonanztomographie bei Siemens Healthineers. Christian stammt aus einer sozialdemokratisch geprägten Familie; sein Vater war viele Jahre Stadtrat in Heilsbronn. Christian ist 2018 in die SPD eingetreten. Er ist der Mitgliedsbeauftragte des Ortsvereins.

Neue Kassiererin im Ortsverein ist Angelika Weikert. Von 1990 bis 2003 war sie im Stadtrat und von 2003 bis 2018 Mitglied des Landtags. Angelika war Juso-Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende der SPD Nürnberg. Aktuell ist sie Präsidentin des AWO-Kreisverbands und Vorsitzende des Vereins „Wohngemeinschaft für Flüchtlingskinder“.

Der Ortsverein ist gut aufgestellt – und das schon seit vielen Jahren. Zu verdanken haben wir das den vielen engagierten Genoss*innen und besonders unserer langjähri-

DER ORTSVEREIN WÖHRD STELLT SICH VOR



gen Vorsitzenden Amelie Erber, die mit viel Engagement und persönlichem Einsatz den Ortsverein zusammengehalten und geführt hat. Amelie hatte 2021 nicht erneut für ein Amt im Vorstand kandidiert, genauso wie unsere Kassiererin Edith Strauch-Kreithaner. Aber beide bleiben unserem Ortsverein treu, worüber wir sehr glücklich sind.

An das erfolgreiche Wirken unserer Vorgänger*innen wollen wir vom neuen Vorstand anknüpfen. In den ersten Monaten unserer Amtszeit war die Arbeit im Ortsverein überwiegend nur digital möglich, inzwischen treffen wir uns aber wieder jeden ersten und dritten Dienstag im Monat in der AWO-Beggnungsstätte am Rennweg.

Und wir haben uns viel vorgenommen: So wollen wir die gute Zusammenarbeit mit unseren Nachbar-Ortsvereinen fortführen und vertiefen. Hierzu gab es schon erste Gespräche und Treffen, etwa mit dem Ortsvereinen Altstadt, Maxfeld und Nordostbahnhof.

Ganz besonders stolz sind wir auf unser Format „Wö(h)nder Gebabel“, das 2019 Premiere feierte und im Juli wieder stattfinden konnte. Unter der Leitung und Moderation unseres Genossen Heijo Schlein sprachen drei Frauen über die verschiedenen Facetten des Themas Armut. Die gut besuchte Veranstaltung und das positive Feedback machen uns Mut und lassen uns hoffen, dass wir bald eine weitere Ausgabe dieser Reihe durchführen können.

Großen Zuspruch hat auch unsere Veranstaltung Mitte April auf dem Rechenberg erhalten. Die Jubilare unseres Ortsvereins kamen unserer Einladung nach und trafen sich am Feuerbach-Denkmal. Hier hielt unser Genosse Prof. Dr. Friedrich Heckmann einen interessanten und informativen Vortrag zum Leben und Wirken von Ludwig Feuerbach.

Im Ortsverein richtet sich der Blick aber auch auf die neuen Mitglieder. Um sie besser kennenzulernen, haben wir sie im April zu einem Treffen im Bistro „Feuerbach“ eingeladen und mit ihnen viele gute Gespräche geführt. In Zukunft wollen wir regelmäßig Veranstaltungen für neue Genoss*innen unseres Ortsvereins anbieten.

Dem Wunsch unserer Mitglieder nach einem eigenen Ortsvereins-Stammtisch sind wir ebenfalls nachgekommen. Seit einiger Zeit treffen wir uns einmal im Monat im „Feuerbach“ und reden in lockerer Atmosphäre über aktuelle Themen.

Außerdem wollen wir als Ortsverein in den nächsten Monaten viel „vor Ort“ sein. So möchten wir mit den Bürger*innen ins Gespräch kommen, zum Beispiel im Café Strandgut am Wöhrder See, welches wir ebenso besuchen wollen wie die neue Begegnungsstätte „Marie15“ in der Marienvorstadt. Fest vorgenommen haben wir uns auch einen Besuch der Umweltstation, der Musikhochschule und des Neubaus der Maria-Ward-Schule.



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



DIALOGPOST
Ein Service der Deutschen Post

ACHTUNG:

Im September wird es keinen dsp geben! Dafür kannst du dich im Oktober auf eine dickere Ausgabe freuen!

ALLE TERMINE AUF EINEN BLICK / AUGUST & SEPTEMBER 2022

TERMINE AUGUST

09.08.2022 – 17:00 Uhr

Mieterbüro

Abgeordneten Büro Gabriela Heinrich
Anmeldungen unter 0911 43896 0

09.08.2022 – 19:30 Uhr

SPD Fischbach: Mitgliederversammlung

TSV Altenfurt, Wohlaue Straße 16,
Nürnberg-Altenfurt (Skizimmer)

09.08.2022 – 19:30 Uhr

SPD Nordostbahnhof:

Sommerstammtisch

Landbierparadies, Leipzigerstr. 32,
90491 Nürnberg
mit OV Ziegelstein

12.08.2022 – 18:00 Uhr

SPD Langwasser: Kirchweihbesuch

Treffpunkt: Im Festzelt

23.08.2022 – 17:00 Uhr

Mieterbüro

Abgeordneten Büro Gabriela Heinrich
Anmeldungen unter 0911 43896 0

TERMINE SEPTEMBER

07.09.2022 – 19:30 Uhr

SPD Laufamholz: Mitgliedertreffen

Restaurant Hammerschmiede,
Laufamholzstraße 300

13.09.2022 – 19:30 Uhr

SPD Fischbach: Mitgliederversammlung

TSV Altenfurt, Wohlaue Straße 16,
Nürnberg-Altenfurt (Skizimmer)

13.09.2022 – 19:30 Uhr

SPD Nordostbahnhof: Ortsvereinstreffen

SIGENA-Plauererstr.7, 90491 Nürnberg

14.09.2022 – 18:00 Uhr

SPD Hummelstein: Aktiventreff

Wirtshaus Galvani, Galvanistr. 10,
90459 Nürnberg

14.09.2022 – 18:30 Uhr

SPD Joannis:

Mitgliedertreffen mit Dr. Nasser Ahmed
Treffpunkt: Café Fatal

21.09.2022 – 19:00 Uhr

SPD Gibitzenhof-Steinbühl:

Mitgliederversammlung

Für Rückfragen kannst du dich an
Anil Altun wenden:

anil.altun@spd-gibitzenhof-steinbuehl.de

27.09.2022 – 19:00 Uhr

SPD Gartenstadt: Mitgliederversammlung

Gesellschaftshaus Gartenstadt

Bitte beachte, dass es aufgrund der pandemischen Situation zu terminlichen Abweichungen kommen kann. Bitte informiere dich rechtzeitig bei deinen Ortsvereinsvorsitzenden oder im SPD-Büro, ob der jeweilige Termin stattfindet.